

29.08.2007

Kontinuität im Alltag ist gefragt - kein Aktionismus!

Nach den erneuten schlimmen Hetzjagden in Mügeln (Sachsen) sowie Bützow (Mecklenburg-Vorpommern) und den zunehmenden Aktivitäten der NPD und anderen Rechtsextremisten in Brandenburg, schwankt die Politik wieder einmal zwischen Aufregung und Abwiegung, zwischen Warnen vor dem gefährlichen Osten oder vor Imageschäden oder es wird filigran zwischen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus unterschieden. In Regelmäßigkeit ertönt der Ruf nach einem NPD-Verbot.

All das sieht davon ab, dass Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit keine Jugend-, Ost-, oder Randerscheinungen sind, sondern aus der Mitte der Gesellschaft kommen und ein bundesweites Problem sind.

Ihre Bekämpfung ist deshalb keine innen- oder rechtspolitische Aufgabe, sondern eine gesamtgesellschaftliche - für alle Demokraten in unserem Land. Es geht nicht nur um Interventionsprogramme, die auch nötig sind, sondern um eine adäquate ressortübergreifende Strategie in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und um die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Deshalb fordert DIE LINKE auf Bundesebene eine Bundesbeauftragte für Demokratie und Toleranz, die am Bundeskanzleramt angesiedelt ist und eine unabhängige Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nach EU-Vorbild. Diese könnte auch die V-Leute des Verfassungsschutzes in der NPD überflüssig machen, die nach wie vor das entscheidende formale Hindernis für ein erfolgreiches NPD-Verbot sind.

In Brandenburg muß das Konzept Tolerantes Brandenburg noch viel bekannter gemacht werden. In jeder Kommune brauchen wir Programme, besonders zur Prävention, damit sich rechtsextremistisches Gedankengut und entsprechende Aktivitäten gar nicht erst verankern können. Hieran müssen alle politischen und gesellschaftlichen Verantwortungsträger vor Ort mitwirken. Darüber hinaus brauchen all jene Kommunen die Unterstützung der Landesregierung, die nicht von den Bundesprogrammen partizipieren. Denn von 21 Antragstellern erhalten nur 10 finanzielle Unterstützung durch den Bund.

Andreas Bernig